

Friedrich-Wilhelm Herkelmann

Vorsitzender des Behindertenpolitischen Netzwerks

Sitzung des Rates der Stadt Dortmund am 21.03.13,

TOP 2.2 Inklusion in Dortmund

- Es gilt das gesprochene Wort! –

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Sierau,

sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Gelegenheit, hier und heute als Vorsitzender des Behindertenpolitischen Netzwerk zu einem für uns alle drängenden Thema, nämlich der Inklusion in Dortmund Stellung zu nehmen.

Zunächst zu meiner Person: Als im Dudenstift gebürtiger Dortmunder, der von Anfang an Barrieren in seinem Lebensweg fand, liegt mir die Veränderung Dortmunds hin zu einer barrierefreien Stadt am Herzen. Dieses Thema verfolge ich parallel zur Aufnahme meines Berufes als Bankkaufmann 1971 bis heute, wo ich schon Rentner bin. Es gab Rückschläge und Erfolge: Wesentliche Erfolge sind neben anderen mein Beitrag zu einem Nahverkehrssystem mit Aufzügen und die Einführung des Behindertenfahrdienstes. Noch immer schmerzlich ist, dass Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen der Zugang auf den Florian verweigert wird – Brandschutz hin oder her.

Rückschläge und Erfolge gibt es auch in der Arbeit des Behindertenpolitischen Netzwerks für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen in Dortmund. Seit 2006 bemühen sich

Vertreterinnen und Vertreter der Menschen mit Behinderungen gemeinsam mit  
Vertreter/innen der Ratsfraktionen, des Seniorenbeirates, des Integrationsrates, der AG der  
Wohlfahrtsverbände und der Behindertenbeauftragten um eine barriere- und  
diskriminierungsfreie Gestaltung des Zusammenlebens in Dortmund. Damit haben wir schon  
vor Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention durch Deutschland in unserem  
Aufgabenfeld mit der inklusiven Gestaltung Dortmunds begonnen. Diese Arbeit tut das  
Behindertenpolitische Netzwerk nicht allein und auch nicht allein in den offiziellen vier  
Sitzungen im Jahr. Wir arbeiten zusammen

mit dem Aktionskreis Der behinderte Mensch in Dortmund,

mit dem Tiefbauamt,

mit der DSW 21,

mit dem DGB,

mit dem Aktionsplan Soziale Stadt,

mit der Gesundheitskonferenz,

mit der Altenhilfe- und Pflegekonferenz,

mit dem Job Center,

mit dem Klinikum Dortmund,

mit den Städtischen Seniorenheimen,

mit der VHS,

mit der Wirtschaftsförderung,

mit dem Stadtbahnbauamt,

mit dem Sozialamt,

mit der Dortmund Tourismus,

mit dem LWL

mit dem Schulamt und den Inklusionsbeauftragten dort und im Schulverwaltungsamt,

mit der Inklusionsbeauftragten der offenen Kinder- und Jugendarbeit des Jugendamtes und mit vielen anderen, insbesondere natürlich mit den vielen Organisationen und Vereinen der politischen Behindertenhilfe wie dem Stadtverband der Gehörlosenvereine, der Behindertenselbsthilfe wie zum Beispiel Mobile oder der Lebenshilfe und der Behindertenhilfe wie der Caritas, der Diakonie und der AWO, um nur einige zu nennen.

Auch hier nehmen wir in unserer Arbeit bereits ein Kernelement der UN-Behindertenrechtskonvention vorweg – die gemeinsame Verantwortung Aller für eine inklusive Gestaltung des Zusammenlebens.

Warum haben wir den Rat der Stadt Dortmund mit unserem Initiativantrag im Februar letzten Jahres gebeten, das Thema „Inklusion“ auf die Tagesordnung zu nehmen?

1. Es gibt kaum verlässliche Informationen zur alltäglichen Lebensgestaltung von Menschen mit Behinderungen in Dortmund. Wir wissen, dass ca. 13,5 % der Dortmunder/innen einen Schwerbehindertenausweis haben. Mit zwei Jahren Verspätung erfahren wir, wie viele dieser Menschen welche Merkzeichen haben und in welchen Stadtbezirken sie wohnen, wie alt sie sind und ob sie Männlein oder Weiblein sind. Wir wissen nicht, ob diese Menschen verheiratet sind, Arbeit haben, ein eigenes Häuschen besitzen oder in einer Mietwohnung wohnen, ob sie Leistungen der Eingliederungshilfe oder der Pflegeversicherung bekommen, ob sie einmal im Jahr in Urlaub fahren können, ein Auto haben oder öffen, Kinder haben oder in einer Wohngemeinschaft leben. Nicht nur angesichts knapper Kassen, sondern um die Lebenssituation aller Dortmunder/innen zu verbessern, braucht es für entsprechende Planungsprozesse genau diese Informationen, die uns aktuell fehlen. Der Wunsch des Behindertenpolitischen Netzwerks ist, dazu eine wissenschaftliche Studie zu

veranlassen. Gerade die von der SPD-Fraktion in ihrem Antrag gewünschten Prozesse sozialräumlicher Inklusion sind dringend auf diese Informationen angewiesen.

2. Das Behindertenpolitische Netzwerk und die behindertenpolitisch in Dortmund Aktiven sind sehr rührig, aber nicht in der Lage, gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zu initiieren und zu unterstützen. Ich wünsche mir die Bereitstellung der finanziellen Mittel für einen „Masterplan“ Inklusion. Bei der Erstellung des Masterplans Inklusion sollten alle verantwortlichen Verwaltungsebenen sowie alle politischen Kräfte mitwirken. Selbstverständlich leisten die Mitglieder des Behindertenpolitischen Netzwerk und die behindertenpolitisch Aktiven dazu ihren Beitrag. Ohne finanzielle Unterstützung ist dieser Prozess jedoch nicht zu stemmen. Jedes ehrenamtliche Engagement braucht eine hauptamtliche und damit auch finanzierte Begleitung. Jeder zielgerichtete Prozess braucht Strukturen und Verantwortliche, die nicht beliebig, sondern fest verankert sind. Alles in allem eine Aufgabe, die weder ehrenamtlich noch nebenberuflich erledigt werden kann.
  
3. Die Entwicklung des inklusiven Zusammenlebens muss inklusiv erfolgen. Das bedeutet, niemanden von der Mitwirkung auszuschließen, weil es Stufen vor der Tür gibt, viele Fremdwörter verwendet werden, Verwaltungs- oder Wissenschaftssprache vorherrscht oder Dolmetscher/innen für hörbeeinträchtigte, taube, ertaubte oder gehörlose Menschen nicht finanziert werden können.

Inklusion bedeutet in diesem Zusammenhang auch, unsere Beteiligungsformen

daraufhin zu prüfen, ob sie dem Anspruch der Inklusion genügen oder neu gestaltet werden müssen. Ein Beispiel dafür ist die Verwendung leichter Sprache, ein anderes der Verzicht auf Präsentationsformen, die blinde Menschen nicht wahrnehmen können.

4. Ein letzter Punkt:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich würde mich freuen, Sie als Schirmherr für den Inklusionsprozess in Dortmund zu gewinnen. Gute Ideen brauchen bekannte Gesichter, Menschen mit umfassenden Netzwerken und gewinnenden Argumenten, um Wirklichkeit zu werden.

Sie sollen nicht allein bleiben als Schirmherr, sondern wir wünschen uns weitere Vertreter/innen der Zivilgesellschaft in Dortmund, die uns auf dem Weg in eine inklusive Stadtgesellschaft begleiten. Ob das Zusammenwirken ad-hoc-Ratskommission oder Masterplan-Begleitgruppe genannt wird, ist für mich weit weniger entscheidend als die Durchschlagkraft der Zusammensetzung dieser Gruppe. Also hier ein deutliches Willkommen zur Mitwirkung auch an die Vertreter/innen der Ratsfraktionen.

Das waren unsere Gedanken im Februar 2012. Das sind auch noch unsere Gedanken im März 2013. Dazwischen gab es die Rat-lose Zeit und Gespräche, die von der Verwaltung mit dem Ziel initiiert wurden, den Inklusionsprozess in Dortmund in Gang zu setzen. Dazu kann ich heute leider nur feststellen: Das ist nicht gelungen. Daher an dieser Stelle ein Dank an die Ratsvertreter/innen, die das Thema „Inklusion“ im Zuge der Haushaltsberatung und mit einem

Ratsantrag erneut auf die Tagesordnung heben und in den Fokus der Aufmerksamkeit gebracht haben.

„Mein“ Behindertenpolitisches Netzwerk hat allerdings inzwischen etwas die Geduld verloren. In unserer Sitzung am 05. Februar haben wir es daher nicht bei einer Stellungnahme gegenüber Ihnen als Ratsvertreter/innen belassen. Jetzt haben wir einen Antrag gestellt, der die oben aufgeführten Punkte aus der Stellungnahme in eine Form bringt, in der Sie in dieser Sitzung damit umgehen müssen. Ich bitte Sie im Namen des Behindertenpolitischen Netzwerks, unseren Antrag auf die Tagesordnung zu heben und ihm zuzustimmen. Die Empfehlungen aus den Ausschüssen und Beiräten sind dazu leider nicht ausreichend. Eine alleinige Einbeziehung unserer Überlegungen von vor einem Jahr in den SPD-Ratsantrag – der sicherlich in die richtige Richtung geht - wird kein inklusives Dortmund herstellen.

Ich möchte mit den Worten der Bundes-Sozialministerin Ursula von der Leyen schließen:  
Inklusion - Einfach machen!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.